

BastA!

Basels starke Alternative

Jahresbericht 2016

Inhaltsverzeichnis

1 Bericht des Co Präsidiums	3
2 Bericht der Koordination	5
2.1 Schwerpunktthemen	5
2.2 Mitgliederversammlungen & Veranstaltungen	7
2.3 Weitere Aktivitäten	7
2.5 Entwicklungen der Mitgliederzahlen	8
2.6 Finanzen	8
2.7 Politischer Ausblick	8
3 Bericht der Fraktion	10
3.1 Positionierung der Fraktion	10
3.2 Politische Arbeit der Fraktion	11
3.3 Parlamentarische Vorstösse im Detail	12

Impressum: Jahresbericht 2016. Herausgeber: Förderverein Basta!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel. 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch, erscheint 1x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Franziska Stier, Heidi Mück, Tonja Zürcher, Johann-Christoph Lüthgen (Onny), Brigitta Gerber, Druck: Rumzeis Basel

Jahresbericht 2016

1 Bericht des Co-Präsidiums

Themenabende. Am Jubiläumsfest 2015 wurde von verschiedenen Seiten der Wunsch geäussert, dass regelmässig Anlässe für die vertiefte Diskussion von verschiedenen Themen durchgeführt werden. Dies haben wir gerne aufgenommen und drei offene Themenabende organisiert. Als erstes beschäftigten wir uns zusammen mit einem Vertreter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB mit der Initiative AHVplus und der Altersvorsorge. Nach diesem Anlass setzte sich eine Arbeitsgruppe mit einem Positionspapier zum Thema auseinander. BastA! engagierte sich im leider verlorenen Abstimmungskampf für die Initiative AHVplus.

Am zweiten Abend wurde mit Sarah Schilliger, Soziologin der Uni Basel, „Urban Citizenship“ thematisiert. Urban Citizenship ist ein aktuell in verschiedenen Städten in der Schweiz und weltweit diskutiertes Konzept. Gemeint ist damit eine „Stadtbürger*innenschaft“. Während die „Staatsbürger*innenschaft“ fundamentale Rechte an die Grenzen eines Nationalstaats, an Mobilitätskontrolle und Sesshaftigkeit bindet, meint Stadtbürger*innenschaft die Anpassung politischer Instrumentarien an die vielfältige Normalität moderner Städte. Konkret wurde am BastA!-Themenabend auch die Idee einer städtischen Identitätskarte nach dem Vorbild von New York für alle Menschen, die in Basel wohnhaft sind, diskutiert.

Am dritten Anlass setzten wir uns mit der Wohnungsnot und der Stadtentwicklung auseinander. Dabei unterstützten uns Nicola Thomas, Soziologin und Urbanistin, und Ivo Balmer, Vorstandsmitglied der Genossenschaft Mietshäuser Syndikat. Wir diskutierten, wie eine progressive Stadtentwicklung und Wohnpolitik aussehen könnte, die nicht nur die Verschlechterungen bekämpft, sondern Basel in unserem Sinn mit- und umgestaltet.

Nachfolgelösungen Grosser Rat. Der im Vorjahr begonnene Prozess konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Zwischen April und Juni 2016 konnten vier neue BastA!-Grossrät*innen nachrücken. Urs, Heidi und Patrizia ermöglichten diesen Schritt, indem sie vor Ende der Legislatur zurück traten und auf die letzten Monate ihrer Amtszeit verzichteten. Auch der Sitz von Sibel, konnte neu besetzt werden. Dass sich dieses Vorgehen gelohnt hatte, zeigte sich an den Resultaten der Grossratswahlen: Beatrice Messerli, Beat Leuthardt, Tonja Zürcher und Daniel Spirgi wurden mit guten bis sehr guten Resultaten wiedergewählt.

Personelles im Sekretariat. Nachdem wir 2015 den Generationenwechsel mit der Pensionierung von Martin und der Übergabe des BastA!-Sekretariats an Francesca vollzogen hatten, standen auch 2016 einige Veränderungen an. In der zweiten Jahreshälfte ging Francesca in den Mutterschaftsurlaub. Als Stellvertreterin konnten wir Franziska Stier gewinnen, welche die anstehenden Aufgaben sofort mit viel Kompetenz, Elan und Begeisterung übernahm und weiterführte. Die BastA!-Kampagnen für die Grossrats- und Regierungsratswahlen prägte sie entscheidend mit. Franziska wird BastA! auch nach Abschluss von Francescas Mutterschaftsurlaub erhalten bleiben: Ab Herbst 2017 werden sich Francesca und Franziska die Leitung des BastA!-Sekretariats teilen. Wir freuen uns auf diese Lösung mit dem super F+F-Team.

Öffentliche Auftritte. Das Co-Präsidium vertrat die Partei 2016 an diversen Medienkonferenzen und Podien, in Radio- und Fernsehinterviews, bei sonstigen Medienanfragen sowie mit Auftritten an Demonstrationen. Es ging um die Ausschaffungs- und die Durchsetzungsinitiative, die Asylgesetzverschärfung, die Initiative Grüne Wirtschaft, den Atomausstieg und die Unternehmenssteuerreform III. Wir redeten zum Basler Sparpaket, zum öffentlichen Verkehr, über Roche-Türme und Stadtentwicklung, Wohnungsnot und Obdachlosigkeit. Wir rannten am Lauf gegen Grenzen und waren auf der Strasse gegen TISA, TTIP und Co, gegen Gewalt an Frauen, für offene Grenzen und Asyl und für die Solidarität mit den Verhafteten und Unterdrückten in der Türkei und der kurdischen Freiheitsbewegung. Und natürlich äusserten wir uns auch zu den Wahlen

und sorgten zusammen mit vielen engagierten Mitgliedern dafür, dass BastA! präsent war.

Heidi Mück und Tonja Zürcher, Co-Präsidentinnen

2. Bericht der Koordination

2.1 Schwerpunktthemen

BVB-Referendum Nach dem BVB-Skandal wurde im Grossen Rat das neue BVB-Organisationsgesetz verabschiedet, das die Mitsprache der demokratisch gewählten Gremien massiv einschränken sollte. Dagegen ergriff BastA! das Referendum und übernahm den Lead im Komitee, dem unter anderem vpod, SP und Grüne angehörten. Das Unterschriftensammeln erwies sich als harzig, sodass das Referendum nur knapp zustande kam. Wir investierten viele Ressourcen in den Abstimmungskampf und die Komitee-Arbeit, verloren aber die Abstimmung am 5. Juni

Antirassismus Neben der Durchsetzungsinitiative wurde 2016 auch über die Asylgesetzrevision abgestimmt. Wir beteiligten uns im Rahmen des Abstimmungskomitees gegen die Durchsetzungsinitiative und konnten sie mit 59% zu 41% bachab schicken.

Weniger deutlich positionierten sich hingegen die BündnispartnerInnen in Fragen der Asylgesetzrevision. Wir waren die erste progressive und lange einzige Partei der Deutschschweiz, die sich gegen das Asylgesetz stellte und hatten damit einen politisch schwierigen Stand. Der vorliegende Kompromiss ermöglicht zwar beschleunigte Verfahren zur Aufnahme, lässt jedoch viele humanistische Aspekte ausser Acht. So werden darin AnwältInnen aufgefordert, Mandate niederzulegen, wenn die asylsuchende Person keine Aussicht auf Asyl hat. Neben BastA! rief auch die SVP die NEIN-Parole aus, jedoch aus ganz anderen Motiven. Das erschwerte den übrigen linken Parteien, sich offen gegen die Verschlechterung im Asylwesen zu stellen.

Energiegesetz/Basel erneuerbar Das neue Energiegesetz basierte auf der Initiative "Basel erneuerbar". BastA! wirkte als Mitglied des Komitees aktiv bei der Ausarbeitung des Gesetzestextes mit. Es ging hierbei nebst dem

Bezug erneuerbarer Energien und einer Begrenzung des CO₂-Ausstosses auch um die soziale Umsetzung der Energiewende. Die Verbesserungen im sozialen Bereich waren dann auch Voraussetzung dafür, dass BastA! das Energiegesetz unterstützt.

Aktiv wurde das neue **BKB-Gesetz** in einem kleinen Abstimmungskomitee bekämpft. Darüber hinaus gab es Engagements zu den wichtigen Abstimmungen über die **Grüne Wirtschaft** und zum **Atomausstieg**.

USR III Die Unternehmenssteuerreform III beschäftigte BastA! während des zweiten Halbjahres. Wir führten eine intensive Debatte um die kantonale Umsetzung, beteiligten uns aber auch am Kampf gegen die nationale Vorlage, die 2017 abgelehnt wurde. Neben einer ausgiebigen politischen Analyse, einem Diskussionsabend mit Regierungsrätin Eva Herzog und einem aufschlussreichen Vernehmlassungstext zur kantonalen Vorlage, organisierten wir bereits im Dezember eine Pressekonferenz mit weiteren BündnispartnerInnen.

Grossratswahlen Die Gesamterneuerungswahlen stellten 2016 den wichtigsten politischen Meilenstein dar. Es zeigte sich, dass der vorzeitige Wechsel unserer GrossrätInnen eine sinnvolle Strategie war und wir unsere „neuen Bisherigen“ gut platzieren konnten. Zudem konnten wir als Bündnisliste mit Grüne und jgb einen Sitz gewinnen, der jedoch durch den Wechsel eines Fraktionsmitglieds zur SP, wieder verloren ging. Unser Ziel, als BastA! einen sechsten Sitz zu gewinnen, haben wir verpasst. Wir stellen aktuell noch 4 Mitglieder der Fraktion und haben damit einen Sitz verloren. Positiv anzumerken bleibt, dass wir als Liste einen sehr sichtbaren Wahlkampf führen konnten, indem wir auch als BastA! mit vielen kleineren wie grösseren Aktionen inhaltliche Akzente in den Wahlkampf tragen konnten. BastA! konnte sich in der öffentlichen Wahrnehmung mit den Themen Freiräume, Wohnraum und Migration profilieren und sich hier als verlässlicher Bündnispartner parlamentarisch wie ausserparlamentarisch zeigen.

Besonders gegen Ende des Wahlkampfes konnten wir eine gute Dynamik aufbauen, die uns als Partei, aber auch die Fraktion inhaltlich stärkt.

Regierungsratswahlen BastA! startete mit Heidi Mück auf einem gemeinsamen rot-rot-grünen 5er-Ticket zusammen mit Eva Herzog, Christoph Brutschin, Hanspeter Wessels und Elisabeth Ackermann (Präsidium) in die Wahlen.

Obwohl der Regierungsratswahlkampf uns rund 35 000.- kostete, konnten wir von diesen Wahlen profitieren. Heidi Mück errang durch gute Medienauftritte und klares politisches Profil viel Aufmerksamkeit, die uns als Bewegungspartei stärkte und auch auf die Grossratswahlen ausstrahlte. Zwar konnte sich Heidi Mück deutlich vor SVP-Kandidat Lorenz Nägelin positionieren, doch scheiterte der Sitzgewinn an rund 800 Stimmen, die in den Gemeinden Riehen und Bettingen verloren gingen.

2.2 Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen

Jahresversammlung An der Mitgliederversammlung wurden wichtige Statutenänderungen beschlossen. So kann das Jgb seither maximal 5 stimmberechtigte TeilnehmerInnen stellen. Zudem werden Mitglieder neu von der Koordination und nicht mehr von der Jahresversammlung aufgenommen.

Die Veranstaltung „Politik braucht Kultur“ wurde auch in 2016 mit einer Filmveranstaltung durchgeführt. Darüber hinaus organisierte die Koordination Veranstaltungen zu Urban Citizenship - woraus eine Arbeitsgruppe entstand - einen Themenabend zu Stadtentwicklung, sowie eine Diskussionsveranstaltung zur kantonalen Umsetzungsvorlage der Unternehmenssteuerreform III mit Eva Herzog.

Um Neumitgliedern den Einstieg in die Partei zu erleichtern wurde ein Neumitgliederanlass eingeführt, der 2017 bei Bedarf (mehrere Eintritte) wiederholt werden soll.

2.3 Weitere Aktivitäten

Solidaritätsarbeit Türkei Ein wichtiges Themenfeld, welches wir 2016 bearbeiteten, war die Frage zur Türkei und der Solidaritätsbewegung mit unseren kurdischen FreundInnen, die insbesondere seit Sommer unzähligen Repressionen und Verhaftungswellen in der Türkei ausgesetzt sind.

Der March against Monsanto & Syngenta war eine der grössten Demonstrationen des Jahres. Hier waren wir über einzelne Koordinationsmitglieder in die Vorbereitung involviert.

Auch am Lauf gegen Grenzen nahmen wir offiziell als Gruppe teil, um Gelder für die Anlaufstelle zu erwirtschaften.

Darüber hinaus beteiligten wir uns am Bündnis TiSA-freie Zone. **TNW-Petition** Als Reaktion auf die erneute Erhöhung der Kosten für U-Abo und Einzeltickets startete BastA! eine Petition, die einerseits forderte, auf die Erhöhung der Preise zu verzichten und andererseits das Gleis7 im TNW-Bereich anzuerkennen. Die Petition wurde von Begleitaktionen unterstützt.

2.4 Entwicklung der Mitgliederzahlen

Die Zahl der Mitglieder stieg im Berichtsjahr an. 20 Eintritten standen 2 Austritte gegenüber. Erfreulich ist, dass etliche Neumitglieder unsere Politik bereits aktiv mitgestalten, an Koordinationssitzungen kommen oder in Arbeitsgruppen mitarbeiten.

2.5 Finanzen

Das Jahr 2016 war mit BVB-Referendum und mit Gross- und Regierungsratswahlen ein finanziell sehr aufwändiges Kampagnenjahr. Trotz der grosszügigen Spendeneinnahmen, den beträchtlichen Mitgliederbeiträgen und den Mandatsabgaben werden wir dieses Jahr mit einem grösseren Defizit abschliessen. Dieses bewegt sich ungefähr im budgetierten Rahmen.

Der Sitzverlust im Grossrat sowie das Fehlen des Bankratsmandates ab Frühjahr 2017 wird langfristig eine Lücke ins Budget reissen.

2.6 Politischer Ausblick

Das 2017 Jahr startete mit den Abstimmungen zu USR III, Kasernenumbau, der erleichterten Einbürgerung der dritten Generation und der Aufhebung des Quorums erfolgreich. Daran wollen wir anknüpfen.

Neben der Überarbeitung der USR III und ihrer kantonalen Umsetzung wird uns politisch in diesem Jahr voraussichtlich das Thema Wohnen in Form von mehreren Initiativen, Petitionen und Basisbewegungen prägen. Zudem unterstützt BastA! die jgb/GsoA-Initiative für ein Investitionsverbot in Kriegsmaterial. Auf der Strasse werden wir auch sein, wenn es darum geht das Referendum gegen längere Ladenöffnungszeiten zu ergreifen.

Die Entwicklungen der Türkei und die Solidaritätsarbeit mit unseren kurdischen und türkischen FreundInnen werden auch das Jahr 2017 begleiten.

Zudem stehen die Bürgergemeinderatswahlen an. Gemeinsam mit jgb und Grüne BS werden wir hier antreten.

Innerparteilich werden wir über die Altersvorsorge 2020 diskutieren und den angestossenen Prozess der Festigung und des Parteaufbaus weiter führen. Aktuell arbeiten neben der Redaktionsgruppe des Bulletins drei Gruppen zu folgenden Themen:

- linke Strategieentwicklung für eine erfolgreiche Migrationspolitik
- Parteaufbau/Mitgliedergewinnung
- Progressive Bildungspolitik in die Schulräte tragen

Im Namen der Koordination:

Johann-Christoph Lüthgen (Onny)

Franziska Stier (Parteisekretärin)

3. Bericht aus dem Grossen Rat - Rückblick auf das letzte Jahr der vergangenen Legislatur

3.1 Positionierung der Fraktion

Das letzte Jahr der Legislatur 2013-2017 war für die Fraktion Grünes Bündnis aufgrund der vielen Rücktritte und Wechsel eine grosse Herausforderung. Dies galt auch für BastA!, deren VertreterInnen verfassungsgemäss nach 4 Amtsperioden, in der nächsten Legislatur pausieren müssen. Von den 13 Sitzen konnten nur vier Grossräte (alles Grüne) bleiben. Deshalb sind sechs Grossrätinnen gestaffelt im Verlaufe des Frühjahres zurückgetreten. Gegen Ende der Legislatur weitere drei, die wegen des Regierungsratssitzgewinns, Amtsende und einer Stelle als Leiterin in der Verwaltung, ihre Mandate nicht mehr weiterführen konnten.

So mussten nicht nur so schnell wie möglich, die halbe Fraktion eingearbeitet werden, sondern auch für die nächste Legislatur, viele neue Köpfe möglichst gut in Kommissionen positioniert werden. Denn hier findet ein Grossteil der Arbeit statt und dies ist für das gute Funktionieren der Fraktion und das Umsetzen des politischen Auftrags wichtig. Eine trickreiche Aufgabe bei der Kommissionssitzverteilung.

Eigentlich mit erfreulichem Sitzgewinn den Grossrats-Wahlgang im Herbst 2016 abgeschlossen, musste die Fraktion den Verlust eines Sitzes akzeptieren - Ugur Camlibel verliess die Grünen, um nach 10 Jahren wieder zur SP zurückzukehren – leider mit unserem Sitz. Glück im Unglück: Aufgrund der Situation der GLP, ergab sich für die Fraktion bei der Berechnung der Sitzansprüche eine gute Ausgangssituation. Es gingen keine Kommissionssitze verloren und bei der Verteilung der zusätzlichen Sitze konnten a.) alle Wunschsitze erlangt werden und b.) in verschiedenen uns wichtigen Kommissionen zusammen mit der SP die Mehrheit der Sitze besetzt werden. Bei all den Vorbereitungsarbeiten konnte sich die Fraktionspräsidentin auf die Mitarbeit von Anita Lachenmeier

(Vizepräsidentin der Fraktion), Tonja Zürcher (Co-Präsidentin BastA!) und Harald Friedl (Präsident Grüne) verlassen. Vielen herzlichen Dank!

3.2 Politische Arbeit

Als links-grüne Fraktion, können wir uns auf die Fahne schreiben, dass wir über verschiedene Koalitionen diverse eigene Interessen durchgebracht, einiges verhindert und uns auch nicht gescheut haben, die Bevölkerung zu befragen. Ich erinnere an die Initiative «Boden behalten – Basel gestalten», ein zentrales Instrument für eine zeitgemässe, soziale und ökologische Entwicklung unseres Stadtkantons, die wir in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, am Ende mit 67% - also breiter Unterstützung des Volkes - gewonnen hatten.

Nebst der Bodeninitiative waren Vorstösse, die gemeinsame Interessen der Mieterschaft und Vermieterschaft vertraten erfolgreich, z.B. ein Vorstoss zur zeitgemässen paritätischen Vertretung in der Schlichtungsstelle. Aber auch ein Vorstoss, der forderte, dass ein Anteil der Wohnungen von gemeinnützigen Wohnbauträgern nach Einkommenskriterien vermietet werden sollte.

Bei den Schulen wurden trotz Intervention von unserer Seite die Sprachheilschule, Fremdsprachen- und Einführungsklassen abgeschafft, dank heftiger Gegenwehr (z.B. Weiterführung der Zusammenarbeit des Kantons Basel-Stadt mit der Gehörlosen- und Sprachheilschule Riehen (GSR) zum Teil aber "nur" stark reduziert. Die Einführungs- und Fremdsprachenklassen werden unterdessen mit gutem Grund wieder aufgebaut.

Das neue Konzept für die Filmförderung wurde von uns klar unterstützt, ebenso die Orchesterförderung. Erreichen konnten wir Erhöhungen der Subventionen für die offene Kinder- und Jugendarbeit, und auch die Jugendkulturpauschale wurde erhöht.

Nach der GaTS-freien Zone wurde auch die TiSA-freie Zone im Grossen Rat angenommen! Das internationale Abkommen - TiSA (Trade in Services Agreement) – das unter Druck der multinationalen Unternehmen in einer sog. «Koalition der Willigen» eine weitere Privatisierung des Dienstleistungsmarktes undemokratisch und mittels geheimen Verhandlungen durchzudrücken versucht.

Die Fraktion Grünes Bündnis ist und war zentral verantwortlich, dass die kantonalen Beihilfen entgegen dem Wunsch der Regierung nicht weiter gekürzt wurden. Wir waren auch massgeblich daran beteiligt, dass der ambulante kinderpsychiatrische Dienst nicht in die UPK kommt, sondern für die Kinder und ihre Eltern weiterhin eigenständige Kontaktstellen in der Stadt anbieten kann. Weiter konnten wir verhindern, dass Basel-Stadt und Basel-Landschaft die Beiträge an das Selbsthilfezentrum und die Frauenoase strichen.

Das neue Energiegesetz, welches zahlreiche unserer Anliegen aufnimmt, wurde noch in dieser Legislatur verabschiedet. Mit ihm kann Basel-Stadt ressourcenschonende und nachhaltige Energiepolitik konsequent weiterverfolgen.

3.3 Parlamentarische Vorstösse im Detail:

Patrizia Bernasconi (Rücktritt im Mai) konnte noch den Ratschlag zur zeitgemässen paritätischen Vertretung in der staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten abschliessen. Leider wurde ihre Motion betreffend Zweck-erweiterung des Mehrwertabgabefonds nicht überwiesen.

Heidi Mück (Rücktritt im Mai) platzierte ihre Anliegen nebst zwei Budgetpostulaten zu Personalaufwand im ED und Leihmaterial für Sport. In den wenigen übriggebliebenen Monaten platzierte sie noch diverse Interpellationen betreffend WLAN für Geflüchtete; Polizeieinsatz gegen friedliche Demonstration; eingeschränkter Geburtshilfe und hoher Kaiserschnitttrate im Bethesda-Spital; Schliessung der Schulen des Vereins

JuFa und zum Abschluss nicht zu vergessen, die Interpellation gegen die Streichung der "Happy Hour" im Kunstmuseum Basel.

Urs Müller-Walz (Rücktritt im März): setzte zum Abschluss noch wichtige Zeichen mit einer Interpellation betreffend unterirdischer Unterbringung von Asylsuchenden in Zivilschutzanlagen, sowie mit dem Budgetpostulat zur Sozialhilfe.

Beatrice Messerli rückte auf **Sibel Arslan (Rücktritt im Februar)** nach und startete ihren Amtsantritt mit mehreren Vorstössen. Eine Interpellation zum geplanten Schulraum für Flüchtlingskinder auf dem Dreispitzareal, eine schriftliche Anfrage zur Badesicherheit von Geflüchteter und Asylbewerber/innen; sowie der Einteilung der SchülerInnen der JuFa. Sie lancierte einen Anzug für die Aufhebung des Velofahrverbot in der Rebgasse, eine Motion für die Unterstützung von kantonalen Angestellten bei der Finanzierung von Krippenplätzen. Ihr eingereichtes Budgetpostulat zur Kindertankstelle Liesbergermatte, konnte das Projekt retten.

Beat Leuthardt interpellierte in den ersten Monaten betreffend altersfeindlichem Vorgehen der CMS und der Pro Senectute im Wettsteinquartier; den Massenkündigungen der Pensionskasse Basel-Stadt; der Verletzung der Submissionsvorschriften durch die Pensionskasse Basel-Stadt und dem Verlotternlassen von Liegenschaften durch die Pensionskasse Basel-Stadt. Und versuchte Budgetpostulate zur Kartierung und Inventarisierung öffentlicher Flächen, der Beleuchtung der Tramhaltestellen im St. Johann und der Unpünktlichkeit von Tramzügen und Bussen zu überweisen, leider ohne Erfolg.

Tonja Zürcher lancierte im ersten Halbjahr eine Motion betreffend Bürgschaften für den Kauf bestehender Liegenschaften durch gemeinnützige Wohnbauträger; sowie eine zum Job-Sharing bei Kaderstellen. Sie stellte mittels Interpellationen und schriftlichen Anfragen kritische Fragen zur Rechtmässigkeit von Regierungsintervention im Kontext der USR III-Abstimmung; der Notschlafstelle; Radikalismus und Nutzung Software RA-PROF - Radicalisation Profiling; der Bewilligungspraxis

für Motorfahrzeuge an Kundgebungen in der Innenstadt; der Ausschaffungen aufgrund fälschlicherweise bezogener Sozialleistungen; zur "Hafenstadt-Befragung 2015" und zur Hafententwicklung Basel Nord und Westquai.

Daniel Spirgi beantragte die Einreichung einer Standesinitiative zwecks Überprüfung von kriegerischen Einsätzen gegen Spitäler und andere Gesundheitseinrichtungen durch Streitkräfte von Ländern, in welche die Schweiz Rüstungsgüter exportiert. Die Standesinitiative wurde mit einer deutlichen Mehrheit an die Regierung überwiesen.

Brigitta Gerber konnte noch ein ganzes Jahr ausschöpfen und brachte einen Anzug betreffend der nachhaltigen Entwicklungsziele 2030 (SDGs) durch. Sie stellte Interpellationen zum Einbürgerungsprozedere auf Bürgergemeindeebene; erhöhten Gefahren für Schulkinder auf Schulwegen; zur «gesponserten» Forschung an der Universität Basel; zur Veräusserung öffentlichen Grundeigentums nach Volksentscheid zur Bodeninitiative; zum Bässlergut und zur städtischer Beleuchtung in der Winterzeit.

Sie stellte schriftliche Anfragen betreffend Informationen über den baselstädtischen Religionsunterricht; zu Schule und Rassismusprävention; zu polizeilicher Berichterstattung und häuslicher Gewalt; zur Öffnung des Rosental-Areals für den sicheren Schulweg und zur Velosicherheit an der Grenzacherstrasse. Die Motion zum Nichtanrechnen der Veloabstellplätze in der Bruttogeschossfläche (BGF) im wurde im ersten Schritt überwiesen, im zweiten Schritt jedoch abgeschrieben. Zu grossen Diskussionen führte die Motion betreffend Umsetzung der Lehrplan21-Ziele im Bereich ‚Lernen über Religionen‘ an der Volksschule – primär mit VertreterInnen der protestantischen Kirchen. Nach einer längeren Debatte wurde der Vorstoss abgelehnt. **Beatrice Messerli** wird das Thema jedoch begleiten und zu gegebener Zeit erneut aufnehmen.

Im Namen der Fraktion:

Brigitta Gerber



Rebgasse 1, Postfach
4005 Basel
Tel.: 061 / 691 16 31
sekretariat@basta-bs.ch
www.basta-bs.ch
PC 40-31244-5